

Plädoyer für Wettbewerb und Fairness

CDU-Europaabgeordneter Dr. Dr. Hans-Peter Mayer auf Stippvisite im Landkreis – Gespräch mit Parteifreunden, Landvolk und IHK

ROTEBURG. Würde Prof. Dr. Dr. Hans-Peter Mayer eine klassische Wahlkreisarbeit leisten, wäre er allein damit wohl schon voll ausgelastet. Denn neben dem Oldenburger Land betreut der Abgeordnete des EU-Parlaments das Bundesland Bremen und die gesamte Elbe-Weser-Region. So kam er jetzt auf Stippvisite oder zu einem, wie er es nannte, „Antrittsbesuch zum Kennenlernen“ nach Rotenburg – bevor er am Abend wieder nach Brüssel entschwand.

Der CDU-Kreisverband hatte den Christdemokraten aus Vechta eingeladen und zu dem Gespräch auch IHK-Präsident Lothar Geißler aus Stade sowie Zevens Landvolkvorsitzenden Rudolf Heins mit an den Tisch im kleinen Sitzungssaal des Kreishauses gebeten. Mayer hob in seiner Einführung die Rolle des vereinten Europas als Friedensgemeinschaft hervor, die jedem Staat auf diesem Kontinent offen stehe, der Kriterien wie die Grundrechte beachte. Daneben sei die EU eine Wirtschaftsgemeinschaft, die mit der Umsetzung des Binnenmarkts im Handel bereits weit fortgeschritten sei.

»Es ist nicht fair, immer mit dem Finger auf die EU zu zeigen.«
PROF. DR. DR. HANS-PETER MAYER

Dass es in einigen Bereichen noch hakt, hänge auch damit zusammen, dass es immer wieder nationalstaatliche Versuche gebe, sich Vorteile zu verschaffen und den eigenen Markt zu schützen.

Deutlich mehr Markthemmnisse gebe es bei der Industrie. Schon wegen sprachlicher Barrieren und unterschiedlicher Bildungsstandards etwa sei es vielfach nicht ohne weiteres möglich, in ein anderes Land zu gehen. Hier unterstütze Brüssel daher Projekte, die dazu beitragen, solche Barrieren zu beseitigen. Beispielhaft nannte der CDU-Politiker Bildungs- und Austauschprogramme. Ziel sei es, Menschen die Scheu vor einem anderen



Hält die Fahne Europas hoch: Prof. Dr. Dr. Hans-Peter Mayer (Mitte) mit den Teilnehmern des Empfangs vor dem Kreishaus.

Fotos: oer

Land und dessen Sprache zu nehmen. Die Berufsbildenden Schulen in Rotenburg etwa leisteten hier vorbildliche Arbeit, lobte er.

Der CDU-Politiker nutzte seinen Besuch in Rotenburg auch dazu, Vorurteilen gegenüber der EU auszuräumen. Diese sei keineswegs ein bürokratisches Monster und nicht befugt, sich Kompetenzen von Nationalstaaten anzueignen. Die Länder und deren Parlamente müssen jeder Abtretung von Zuständigkeiten zustimmen, betonte er. Es sei daher oft unfair, wenn gerade auch Politiker mit dem Finger auf Brüssel zeigten. Die EU, führte Mayer aus, sei etwa in der Energiepolitik nicht befugt, den Staaten etwas vorzuschreiben. So müsse jedes Land selbst sehen, wie es das gemeinsam formulierte Ziel erreicht, bis 2020 ein Fünftel der Energie alternativ zu produzieren. Wohl aber sei die Union zuständig für Energieeffizienz und -sicherheit. Hier gehe es um Chancengleichheit auf dem Markt – etwa bei der Frage der Netze. Die, so Mayer, müssen durchgängig und frei sein. „Es darf nirgendwo das Licht ausge-

hen.“

Die Sorge von Rudolf Heins, dass „gewisse Vereinheitlichungen“ von der EU wieder auf die Länder übertragen werden, zerstreute der Gast aus Vechta. „Ich glaube nicht, dass das kommt“, sagte er. Heins unterstrich das Interesse der Landwirte an einem europaweit einheitlichen Markt und lobte die EU als sehr zuverlässig. „Wir können hier nur über den Markt verkaufen und müssen dort unsere Chance suchen können“, appellierte er.

Mittelstand im Visier

Dem Hinweis Lothar Geißlers, wonach bislang in starkem Maße Großunternehmen von Förderprogrammen profitiert hätten, begegnete Mayer, dass für die Bewertung solcher Programme inzwischen vorab deren Auswirkungen auf den Mittelstand betrachtet werden muss. Es sei also möglich, dass ein Programm nicht wie geplant umgesetzt wird, wenn dieser Aspekt nicht ausreichend berücksichtigt ist.

Eine weitere Anmerkung des Stadter IHK-Präsidenten griff der EU-Parlamentarier ebenfalls auf.

Sie betraf Handelshemmnisse. Beispielhaft nannte Geißler die Zulassung von deutschen Fahrzeugen, die von einigen EU-Mitgliedsländern nicht anerkannt oder massiv behindert werde. So etwas sei ein Verstoß gegen den Wettbewerb und werde von der EU gegebenenfalls auch juristisch verfolgt, versicherte Mayer, der zugleich darauf verwies, dass Deutschland diesbezüglich keineswegs ein Musterknabe sei. Auch gegen die Bundesrepublik werde immer wieder geklagt.

Mit einer Gegenfrage reagierte er auf die Befürchtung, dass hiesige Qualitätsstandards auf jene der EU gesenkt werden. „Wollen wir das“, entgegnete er. Die höhere Qualität sei für Deutschland schließlich ein Wettbewerbsvorteil. Das gelte übrigens auch für Abschlüsse. Der Meisterabschluss etwa

sei der höchste in Europa. „Diesen Vorteil sollten wir nicht aufgeben.“ Brüssel setze lediglich Standards fest, auf die sich alle Länder einigen können. Sanktionen drohten nur, wenn diese dann unterschritten werden.

Mit Blick auf die Haushaltsberatungen regte Mayer an, eine – von ihm nicht eben geschätzte – Kapitaltransaktionssteuer auf die EU zu übertragen. Es sei schließlich nicht sinnvoll, eine solche national zu erheben.

Im Anschluss an die Gesprächsrunde besuchte Mayer die Firma Wilhelm Fricke in Heeslingen. (see)



Aufmerksam verfolgen CDU-Kreisvorsitzender Albert Rathjen und Landrat Hermann Luttmann (von links) die Ausführungen von Prof. Dr. Dr. Hans-Peter Mayer.